

## **Zur Situation des ASD im Jugendamt:**

### **Eine bundesweite Studie zur Sozialen Arbeit in strukturellen Zwängen**

Statement Rainer Becker, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe e.V.

Kinder müssen sich gesund entwickeln können, sie haben „ein Recht auf Förderung [ihrer] Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 1 Abs. 1 SGB VIII). Dies ist der gesetzliche Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe. In der Realität gehen oftmals Hilfen am Bedarf der Kinder und Jugendlichen vorbei. Kostengünstige ambulante Maßnahmen werden den teuren stationären Hilfen vorgezogen, Hilfen werden vorzeitig beendet und Zeitkontingente in den Familien vor Ort reduziert. Bei fehlgelaufenen Kinderschutzfällen sind öffentliche Kritik und Vorwürfe gegenüber „den Jugendämtern“ und ihren Mitarbeitenden im Allgemeinen Sozialen Dienst groß. Hinter vielen Geschichten und Entscheidungen stehen jedoch nicht Verfehlungen einzelner Mitarbeitender, sondern strukturelle Probleme im System der Kinder- und Jugendhilfe. Diese machen es dem Fachpersonal oft schwer, die für die Familie bestmögliche Entscheidung zu treffen. Die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe erfolgt durch die Kommunen, die aufgrund kommunaler Besonderheiten personell und finanziell sehr unterschiedlich ausgestattet sind. Das bedeutet, dass die Jugendämter von der finanziellen Lage der jeweiligen Kommune abhängig sind. Die Jugendämter als Fachämter der Kommunen sind dazu angehalten, in der zweiten Jahreshälfte ihr Budget für das darauffolgende Haushaltsjahr und nicht selten sogar im Rahmen von so genannten Doppelhaushalten zu beantragen, über dessen Höhe das Kommunalparlament abstimmt. Je nach kommunaler Kassenlage wird demnach das Jugendamt mit einem geringeren oder höheren Etat ausgestattet. Dabei ist eine Budgetierung für Jugendämter äußerst problematisch, da sowohl Hilfebedarfe als auch Gefährdungslagen und die damit verbundenen Kosten nur gering einschätzbar bzw. nicht vorhersehbar sind. Ist das Budget zu knapp kalkuliert, hat das unmittelbar Auswirkungen auf jedes einzelne Kind. Die knappen Kassen vieler Kommunen und die 2009 gesetzlich verankerte Schuldenbremse verpflichten viele Kommunen zum Sparzwang. Die Einführung betriebswirtschaftlicher Konzepte und Vokabulare wie Kunde, Wettbewerb und Produkt beeinflussen die berufliche Praxis, die Arbeitsbedingungen sowie die Denk- und Handlungsstrukturen der Fachkräfte. Diese geraten so unter Druck, die fiskalische Haushaltssituation und die Budgetvorgaben maßgeblich bei der Wahl der Hilfemaßnahmen zu berücksichtigen.

### **Die Deutsche Kinderhilfe fordert eine bessere Finanzierungsstruktur.**

Kommunen tragen die Hauptlast, wenn es um die Finanzierung der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe geht. Diese wurden im Jahr 2015 zu 78% auf der kommunalen Ebene erbracht. Bundes- und Landesgesetzgeber haben den Kommunen in wachsendem Umfang Aufgaben übertragen, ohne gleichzeitig für eine entsprechend angemessene Finanzierung zu sorgen. Zusätzlich hat der Bund sein Sparziel an die Kommunen weitergegeben, das unmittelbar das Budget für die Kinder- und Jugendhilfe betrifft. Durch das Ungleichgewicht von steigenden Ausgaben und meist sinkenden Einnahmen kann der Bedarf an Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe nicht gedeckt werden. Die Finanzierungsstruktur steht daher im starken Widerspruch zum Grundgedanken des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, Kinder, Jugendliche und Familien entsprechend ihrer Bedürfnisse in schwierigen Situationen zu unterstützen. Das derzeitige System spaltet Kommunen in arme und reiche Städte bzw. Landkreise. Welche Hilfe Kinder und Jugendliche erhalten, darf jedoch nicht von ihrem Wohnort bestimmt werden.

### **Die Deutsche Kinderhilfe fordert Kinderschutz als primäres Ziel.**

Kinderschutz darf nicht auf Kosten von Spardiktaten vernachlässigt werden. Ebenso wenig dürfen sozialpädagogisch gebotene Entscheidungen allein oder vorrangig unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Aspekte getroffen werden. Stattdessen hat die Orientierung am individuellen Bedarf eines Kindes bei der Gewährung von Hilfen im Mittelpunkt zu stehen. Betriebswirte können bei ökonomischen Fragestellungen und Problemen beraten, aber im Zweifel muss das Kindeswohl immer Vorrang vor betriebswirtschaftlichen Sichtweisen haben.

### **Die Deutsche Kinderhilfe fordert mehr Zeit für professionelles Handeln.**

Die Arbeitsbelastungen im ASD müssen verringert werden, damit die Fachkräfte ihre Tätigkeit professionell ausüben können anstatt darin behindert zu werden. Dazu gehört mehr Zeit für den Kinderschutz, d.h. für die konkrete Arbeit mit Kindern und ihren Familien. Zeit für Schulungen, Zeit für Dokumentation, Zeit, um neue Fachkräfte ausreichend einzuarbeiten, zu unterstützen und sie am eigenen Wissen teilhaben zu lassen. Durch Fallobergrenzen in der Kinder- und Jugendhilfe und praxisnahe Dokumentationsanforderungen kann Zeit gewonnen werden. Zeit, die Kinder schützen wird.

### **Die Deutsche Kinderhilfe fordert echte Beteiligung von pädagogischen Fachkräften.**

Qualitätsentwicklung wird gern als ein Prozess von außen nach innen verstanden. Natürlich ist es hilfreich, wenn auch unbeteiligte Dritte in Analysen, etwa von fehlgegangenen Hilfefällen, einbezogen und neutral Prozesse und Verhaltensweisen analysiert werden. Zu oft vergessen wird jedoch, dass ein interaktiver Analyseprozess, in welchen alle Beteiligten einbezogen werden, weit größere und positivere Effekte hat. Denn nur, wer versteht, wie es zu welchen Handlungs- und Verfahrensweisen kam, kann strukturelle und persönliche Fehler vermeiden und Unregelmäßigkeiten aufdecken, bevor etwas passiert.

Die Deutsche Kinderhilfe ist davon überzeugt, dass strukturelle Probleme in der Kinder- und Jugendhilfe nur dann entdeckt und beseitigt werden können, wenn diejenigen zu Wort kommen, die täglich mit den Kindern und Familien vor Ort arbeiten.

### **Die Deutsche Kinderhilfe fordert mehr praxisorientierte Forschung.**

Um unsere Kinder besser zu schützen, das Hilfesystem zu verbessern und Risiken abzubauen, bedarf es zusätzlicher Forschung, in deren Mittelpunkt das Kindeswohl steht und welche an den Grundsätzen der UN-Kinderrechtskonvention nach Schutz, Förderung und Beteiligung ausgerichtet ist. Dabei müssen die gewonnenen Erkenntnisse Grundlage für die Ausrichtung und Mittelvergabe im Kinderschutz sein, statt große Summen gießkannenartig auszuschütten. Wir müssen mehr über Kinderschutzfälle wissen und was im Hilfesystem passiert, welche Probleme es an der Basis gibt, welche fallspezifisch oder lokal begründet sind und welche das gesamte Schutzsystem betreffen.

Diese Bottom-Up-Studie ist die erste Studie in Deutschland, welche den Status quo in deutschen Jugendämtern aufzeigt und mit Vermutungen und Unterstellungen aufräumt. Das Aufzeigen der Arbeits- und Rahmenbedingungen soll die Missstände erklären. Von einer Verbesserung dieser profitieren die Kinder und ihre Familien unmittelbar. Der Deutschen Kinderhilfe war es deshalb ein besonderes Anliegen, diese so besondere und wichtige Studie finanziell zu unterstützen, um letztlich einen Beitrag für den Kinderschutz in Deutschland zu leisten.

*Deutsche Kinderhilfe e.V.*

*Haus der Bundespressekonferenz*

*Schiffbauerdamm 40*

*10117 Berlin*

*Tel.: 030 / 24 34 29 40 FAX: 030 / 24 34 29 49*

Hinweis: Die Studie ist als Buch herausgegeben und kann käuflich beim Dt. Verein erworben werden

Kathinka Beckmann, Thora Ehling und Sophie Klaes:

Berufliche Realität im Jugendamt: der ASD in strukturellen Zwängen

2018, 164 Seiten, kart., 19,80 €, für Mitglieder des Deutschen Vereins 15,80 €,

ISBN 978-3-7841